



A2

## Antrag

**Initiator\*innen:** Campusgrün Bundesvorstand (dort beschlossen am: 29.04.2026)

**Titel:** Siamo tutti antifascisti.

### Antragstext

#### 2917 Präambel

2918 Faschismus ist keine Meinung, er ist ein Verbrechen. Rechtsextremismus ist keine  
2919 legitime politische Alternative, er ist eine Bedrohung für alle Menschen, die  
2920 nicht ins enge Weltbild Rechtsextremer passen. Unsere Antwort: wir widersetzen  
2921 uns als Studierende und als Teil einer Gesellschaft, die wir aktiv gestalten  
2922 wollen.

2923 Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Sexismus und jede Form von  
2924 Menschenfeindlichkeit sind keine Randphänomene, sie sind strukturell in  
2925 Institutionen, in Sprache und in Alltagspraktiken verankert. Wir benennen und  
2926 bekämpfen das. Als Einzelpersonen, als Hochschulgruppen, aber auch auf  
2927 Bundesebene. Jedes Mitglied von Campusgrün verpflichtet sich, diesen  
2928 rückständigen Ideologien den Kampf anzusagen! Sowohl extern als auch intern  
2929 müssen wir diese Probleme aufarbeiten und für eine gerechtere Welt eintreten.  
2930 Unsere Hochschulen und Unis sind keine Orte der Gleichgültigkeit, sondern Orte  
2931 der demokratischen Auseinandersetzung, der kritischen Reflexion und der aktiven  
2932 Zivilcourage.

2933 Wir fordern: Haltung zeigen, Strukturen verändern, Zusammenhalt stärken!

#### 2934 Aktuelle Lage: Studierendenwerke und die AfD in NRW

2935 Die jüngsten Ereignisse in Nordrhein-Westfalen haben gezeigt, wie nah die Gefahr

2936 ist und wie wirkungsvoll wir gemeinsam sein können. Studierendenwerke in NRW  
2937 haben Gespräche mit Vertreter\*innen der AfD aufgenommen, einer Partei, die in  
2938 Teilen vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft ist.  
2939 Die Partei versuchte so, Einfluss auf Institutionen zu gewinnen, die unmittelbar  
2940 für die Lebensrealität von Studierenden verantwortlich sind: für BAföG-Beratung,  
2941 für Mensa, Wohnen und für psychosoziale Beratungsstellen.

2942 Als Campusgrün haben wir nicht geschwiegen. Gemeinsam haben wir öffentlichen  
2943 Druck erzeugt, informiert, mobilisiert und klargemacht: Die AfD hat in diesen  
2944 Institutionen nichts zu suchen.

2945 Mit Erfolg: Studierendenwerke haben die Gespräche mit der AfD beendet.

2946 Das ist ein wichtiger, notwendiger, kurzzeitiger Erfolg, der uns gezeigt hat,  
2947 wie stark wir gemeinsam als Studis wirken. Hier dürfen wir nicht stoppen,  
2948 sondern müssen weiter mehr Partizipation, mehr Transparenz und mehr junge  
2949 progressive Stimmen fordern.

2950 Das alles war ein Ergebnis von politischem Druck. Und politischer Druck lässt  
2951 nach, wenn wir nachlassen.

2952 Deswegen sagen wir klar: Das war erst der Anfang. Gemeinsam machen wir weiter!

## 2953 **Unsere Forderungen**

### 2954 **Rechtsextremismus raus aus den Hochschulen**

2955 Auch vor Hochschulen macht der in Deutschland fortschreitende Rechtsextremismus  
2956 leider keinen Halt. Gemeinsam positionieren wir uns daher klar gegen jede Form  
2957 von Rechtsextremismus, denn er entsteht überall dort, wo wir nicht laut sind, wo  
2958 wir uns nicht widersetzen, wenn wir oder Personen in unserem Umfeld Unrecht  
2959 erfahren. Unsere Unis leben von lauten, widerstandsfähigen Studis, die kritisch  
2960 denken, Unrecht hinterfragen und aufklären. Als Orte der Wissenschaft nehmen  
2961 Hochschulen einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft ein und sind daher  
2962 auch wichtige Institutionen im Kampf gegen Rechtsextremismus. So dürfen  
2963 Organisationen, die nachweislich demokratie- und menschenfeindliche Positionen  
2964 vertreten, keine Bühne im Rahmen dieser wissenschaftlichen Institutionen  
2965 erhalten. Wir fordern dementsprechend, dass Universitätsleitungen und ebenso die  
2966 Studierendenwerke ihre Verantwortung ernst nehmen und Kooperationen sowie  
2967 Gespräche mit rechtsextremen Funktionsträger\*innen, Parteien und Organisationen  
2968 stoppen. Gespräche mit politischen Akteur\*innen müssen öffentlich dokumentiert  
2969 und zugänglich für alle sein. Des Weiteren fordern wir verpflichtende Schulungen

2970 zur Erkennung und zum Umgang mit rechtsextremem Handeln. Ohne verpflichtenden  
2971 Charakter laufen die Universitäten Gefahr, dass nur ein geringer Teil der  
2972 Mitarbeiter\*innen, Angestellten und Gremienmitglieder diese Schulungen  
2973 wahrnehmen.

2974 **Gegen Rassismus und Diskriminierung in jeder Form.**

2975 Rassismus ist in unserer Gesellschaft strukturell verankert und prägt den Alltag  
2976 vieler Studierender in Deutschland. Gemeinsam kämpfen wir für einen Ausbau von  
2977 unabhängigen, ausreichend ausgestatteten und geförderten  
2978 Antidiskriminierungsstellen. Diese müssen möglichst barrierearm für alle  
2979 betroffenen Studierenden gestaltet werden. Rassistische Erfahrungen im  
2980 Hochschulalltag müssen niedrigschwellig gemeldet werden können und ernsthaft  
2981 sowie streng vertraulich bearbeitet werden. Außerdem setzen wir uns als  
2982 Campusgrün für die Aufnahme von Themen wie Rassismuskritik, Kolonialgeschichte,  
2983 Critical Whiteness Studies, Intersektionalität und kritischer  
2984 Wissenschaftsgeschichte als festen Bestandteil der Curricula ein.

2985 Darüber hinaus fordern wir verpflichtende Antirassismus- und  
2986 Diversitätsschulungen für Lehrende, Hochschulpersonal sowie  
2987 Entscheidungsträger\*innen in der akademischen Selbstverwaltung. Hochschulen  
2988 müssen ihrer Verantwortung als öffentliche Institutionen gerecht werden und  
2989 aktiv gegen Diskriminierung wirken, anstatt diese lediglich zu verwalten. Dafür  
2990 braucht es gute finanzielle Rahmenbedingungen, um entsprechende Stellen und  
2991 Projekte zu schaffen, die nicht nur formal mit Verantwortung ausgestattet sind,  
2992 sondern auch nachhaltig und langfristig echte Wirkungsmöglichkeiten haben.

2993 Wir setzen uns zudem für den Abbau struktureller Barrieren für POC und Menschen  
2994 mit Migrationshintergrund im Hochschulzugang sowie für gezielte Förderprogramme  
2995 für rassifizierte und internationale Studierende ein. Auch auf Ebene des  
2996 wissenschaftlichen Personals braucht es Maßnahmen, um marginalisierte  
2997 Perspektiven stärker zu repräsentieren und Machtasymmetrien und -hierarchien  
2998 abzubauen.

2999 Nicht zuletzt braucht es eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen  
3000 institutionellen Geschichte der Universitäten selbst und bestehenden  
3001 Wissensstrukturen, die den Alltag auf dem Campus und die Lehre dort prägen. Wir  
3002 fordern Hochschulen und ihre Leitung dazu auf, koloniale Kontinuitäten in  
3003 Forschung und Lehre aktiv aufzuarbeiten und eurozentrische Perspektiven kritisch  
3004 zu hinterfragen.

3005 Verschiedenste diskriminierende Strukturen sind tief in unserer Gesellschaft

3006 verankert. Deshalb müssen wir als progressive Studierende gemeinsam gegen jede  
3007 Form von gruppenbezogener Diskriminierung und Strukturen ankämpfen und klar für  
3008 Menschlichkeit und Würde eintreten. Wir erkennen an, dass auch in progressiven  
3009 Kreisen diese gruppenbezogene Diskriminierung keinen Halt macht und wir  
3010 gemeinsam diese Strukturen aufbrechen müssen.

### 3011 **Für eine demokratisch starke Studierendenschaft**

3012 Demokratie ist keine Zuschauerveranstaltung, auch wir Studis sind tagtäglich im  
3013 Kampf für Demokratie gefragt.

3014 Denn kollektives Handeln wirkt, wie die Ereignisse in NRW gezeigt haben. Zeigt  
3015 Haltung im Alltag: Widerspricht rassistischen Kommentaren, queerfeindlichen  
3016 Aussagen und rechten Parolen, auch wenn es unbequem ist. Meldet Vorfälle,  
3017 unterstützt Betroffene, vernetzt euch über eure Hochschule hinaus, denn Politik  
3018 endet nicht am Hochschulzaun. Demokratie lebt nicht nur in Parlamenten, sie lebt  
3019 in Hörsälen, in Mensen, in WG-Küchen. Und sie braucht uns alle.

### 3020 **Die Bedeutung links-grüner Campusarbeit**

#### 3021 **Ein Anfang - wir machen weiter**

3022 Die Ereignisse in NRW haben eines deutlich bewiesen: Links-grüne Campusgruppen  
3023 sind notwendig und wirksam, wir sind der Unterschied. Es waren organisierte,  
3024 engagierte Studierende, die verhindert haben, dass rechtsextreme Positionen über  
3025 Institutionen salonfähig gemacht werden. Nicht die Hochschulleitung allein.  
3026 Nicht eine Behörde. Wir.

3027 Politisches Engagement auf dem Campus hat direkte Auswirkungen auf die  
3028 Lebensbedingungen von Studierenden. Wir begreifen uns als Teil einer breiteren  
3029 gesellschaftlichen Bewegung für soziale Gerechtigkeit, für ökologische  
3030 Transformation und für eine Demokratie, die alle schützt und einschließt. Unser  
3031 Engagement auf dem Campus ist dabei keine Nische, sondern Ausgangspunkt. Wer  
3032 schweigt, stimmt zu. Wer handelt, verändert.